



Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

40. Sitzung (öffentlich)

10. Dezember 2003

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 13:35 Uhr

Vorsitz: Dr. Helmut Linssen (CDU)

Stenograf: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Aktuelle Viertelstunde

1

Thema: „Klarheit in der Kohlepolitik - hat der Bergbau ungedeckte Schecks erhalten?“

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch Minister Horstmann entgegen, dem sich eine Aussprache anschließt.

2 Geplante Verlagerung des Betriebsortes nach Tschechien der Firma Vaillant

12

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch Minister Harald Schartau entgegen. Eine Aussprache schließt sich an.

- 3 Gesetz über die Feststellung der Haushaltspläne des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Haushaltsgesetz 2004/2005) und Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes** 14

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksachen 13/4500 (Neudruck) und 13/4660 (1. Ergänzung)

Vorlagen 13/2361, 13/2363 und 13/2448

Der Ausschuss erörtert einzelne Aspekte des Haushalts in den ihn betreffenden Petitionen und verständigt sich auf das weitere Beratungsverfahren.

- 4 Wirtschaft nicht weiter verunsichern: Basel II darf so nicht in Kraft treten** 15

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 13/3285

Ausschussprotokoll 13/854

Zuschriften siehe Ausschussprotokoll

Der Antrag wird mit Stimmenmehrheit der Koalitionsfraktionen gegen das Votum von CDU und FDP abgelehnt.

- 5 Gesetz zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung im Mittelstand (Mittelstandsentwicklungsgesetz MEG)** 16

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

Drucksache 13/3733

Der Antrag wird mit Stimmenmehrheit der Koalitionsfraktionen gegen das Votum der CDU-Fraktion bei Enthaltung durch die FDP-Fraktion abgelehnt.

In Verbindung damit:**Gesetz zur Stärkung des Mittelstandes und zur Privatisierung in NRW
(Mittelstands- und Privatisierungsgesetz) 16**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
Drucksache 13/3771 (Neudruck)

Der Antrag wird mit Stimmenmehrheit der Koalitionsfraktionen gegen das Votum der FDP-Fraktion bei Enthaltung durch die CDU-Fraktion abgelehnt.

**6 Schulmüden Jugendlichen weiter Chancen auf eine Berufsausbildung
geben - Programm "Betrieb und Träger" weiterführen 18**

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/4323
Vorlage 13/2436

Der Antrag wird mit Stimmenmehrheit der Koalitionsfraktionen gegen das Votum von CDU und FDP abgelehnt.

7 Personalpolitik der RAG ab 2006 21

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch Minister Horstmann entgegen. Eine Aussprache schließt sich an.

**8 Bei Zechenstilllegungen Gefährdungspotentiale und volkswirtschaftliche
Kosten beachten - Bergwerk Walsum vorrangig schließen 23**

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/4485

Der Ausschuss verständigt sich auf das weitere Beratungsverfahren.

9 Modellregion OWL fördern und unterstützen

24

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 13/4562

In Verbindung damit:**Gesetz zum Bürokratieabbau in der Modellregion Ostwestfalen-Lippe
(Bürokratieabbaugesetz OWL)**

24

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 13/4586

Der Ausschuss verständigt sich auf das weitere Verfahren. Der Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 13/4562, wird zurückgezogen.

Ausschussvorsitzender Dr. Helmut Linssen sieht nach dem Verlauf der Diskussion die Unterstützung des Ministers bei seinen Gesprächen gegeben.

3 Gesetz über die Feststellung der Haushaltspläne des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Haushaltsgesetz 2004/2005) und Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 13/4500 (Neudruck) und 13/4660 (1. Ergänzung)
Vorlagen 13/2361, 13/2363 und 13/2448
weitere Vorlagen zu den Einzelplänen werden erwartet

Ausschussvorsitzender Dr. Helmut Linssen weist darauf hin, dass der Ausschuss in der heutigen Sitzung erstmalig über den Haushaltsentwurf 2004/2005 berate, sofern er sich im Zuständigkeitsbereich des AWMT befinde, und gibt einen Überblick über die zur Beratung vorliegenden Drucksachen und Vorlagen. - Man habe sich darauf verständigt, in der heutigen Sitzung Fragen zum Haushaltsentwurf zu stellen.

Christian Weisbrich (CDU) teilt mit, seine Fraktion werde ihre Fragen schriftlich einreichen und um deren Beantwortung bis zum 7. Januar bitten. - Könne sich der Minister allerdings schon heute dezidiert zur Fortführung der Meistergründungsprämie äußern?

Minister Harald Schartau macht darauf aufmerksam, dass der die Meistergründungsprämie betreffende Titel aufgrund der Aktivitäten des Vorjahres bereits relativ hoch belastet sei. Schon damals habe man erkannt, dass der Baransatz nicht ausreiche, die Förderung im beabsichtigten Umfang zu realisieren. Sollten die Barmittel aktuell nicht genügen, würden Zusagen im Vorgriff auf die Mittel des nächsten Jahres gemacht.

Überlegt werde, ob die Zuteilung der Meistergründungsprämie zukünftig von einem Mindestbetriebsinvestment abhängig gemacht oder aber die Höhe der Prämie gesenkt werde, um eine größere Zahl von Gründungen zu bedienen. Als eines der erfolgreichsten Landesprogramme schaffe die Meistergründungsprämie Beschäftigung. Trotzdem müsse auch an der Stelle eingespart werden.

Christian Weisbrich (CDU) erinnert daran, dass bisher 1000 Prämien/Jahr bewilligt worden seien. Die für den anstehenden Doppelhaushalt in Aussicht gestellten Mittel reichten für lediglich 50/60 Gründungen aus. Dass es sich um das erfolgreichste NRW-Beschäftigungsprogramm handele, unterstreiche er nachdrücklich. Mit vereinten Kräften solle für dessen Fortsetzung gesorgt werden.

Dr. Gerhard Papke (FDP) stellt fest, würde der Haushaltsansatz für die Meistergründungsprämie wie im Entwurf realisiert, bedeutete das das Ende für dieses Programm. So sehe es auch das Handwerk. Der Vorgriff auf das Haushaltsjahr 2005 werde nicht funktionieren, weil lediglich Barmittel in Höhe von 500.000 € zur Verfügung gestellt würden. Substanzielle Nachbesserungen müssten erfolgen.

Werner Bischoff (SPD) bestätigt die bisherige Sachverhaltsdarstellung. Die Koalition werde sich am 7. Januar in besonderer Weise zu dem Thema äußern.

Gerade in Zeiten, in denen im Handwerk dringend Betriebsnachfolger gesucht würden, unterstreicht **Hannelore Brüning (CDU)**, müsse man sich der Schwierigkeiten potenzieller Kandidaten bewusst sein, auf dem Kreditmarkt Mittel zu erhalten. Deshalb müsse das Land Nordrhein-Westfalen das Programm in vollem Umfang weiterführen.

Ausschussvorsitzender Dr. Helmut Linssen appelliert an die Fraktionen, ihre schriftlichen Fragen so rechtzeitig einzureichen, dass die Vorschläge und Anregungen für die Antragsitzung fristgerecht übernommen werden könnten.

4 Wirtschaft nicht weiter verunsichern: Basel II darf so nicht in Kraft treten

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/3285
Ausschussprotokoll 13/854

- Zuschriften siehe Ausschussprotokoll

Ausschussvorsitzender Dr. Helmut Linssen resümiert das bisherige Beratungsverfahren: Der Landtag habe den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 13/3285, in seiner Sitzung am 13. Dezember 2002 an den hiesigen Ausschuss zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen. Beide Ausschüsse hätten zum Antrag am 7. Mai 2003 eine gemeinsame Sitzung unter Hinzuziehung von Experten durchgeführt (Siehe auch Ausschussprotokoll 13/845).

In seiner Sitzung am 18. Juni 2003 habe der Wirtschaftsausschuss eine erste Auswertung durchgeführt und sich darauf verständigt, den Antrag abschließend zu beraten, sobald sich die Fraktionen auf eine solche Position verständigt hätten. Da sich die Verständigung auf eine solche Position doch schwieriger als noch vor einem halben Jahr ursprünglich gedacht gestalte, hätten sich die Obleute mittlerweile darauf geeinigt, heute die abschließende Beratung und Abstimmung zum Antrag durchzuführen.

Der mitberatende Haushalts- und Finanzausschuss habe den Antrag in seiner Sitzung am 12. Juni 2003 abschließend beraten und mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum der Fraktionen von CDU und FDP abgelehnt.

Werner Bischoff (SPD) betont, dass es nicht um eine Schwarzweißdiskussion gehe. Neben offensichtlichen Risiken berge Basel II positive Ansätze, die weiterentwickelt werden müssten. Zwar unterstütze er die Intention in Form der konkreten Aufgabenstellungen an die Landesregierung, wie sie dem Antrag der CDU-Fraktion zu entnehmen seien; allerdings habe die Landesregierung diese Aufgaben bereits abgearbeitet. Deshalb könne der Antrag abgelehnt werden.



**Ministerium für
Verkehr, Energie
und Landesplanung
des Landes Nordrhein-Westfalen**

Dr. Axel Horstmann

Minister für Verkehr, Energie und Landesplanung
des Landes Nordrhein-Westfalen

zum TOP 6 „Personalpolitik der RAG“
anlässlich der Sitzung des Ausschusses für
Wirtschaft, Mittelstand und Technologie
am 10. Dezember 2003

Allgemein möchte ich zum Thema "Personalpolitik der RAG ab 2006" anmerken, dass es nicht die Aufgabe der Landesregierung sein kann, generell über dieses Kernelement der zukünftigen Unternehmensführung zu berichten. Eine personalpolitische Unternehmenskonzeption ab 2006 setzt eine konkrete und langfristige Unternehmensplanung insbesondere für den Bergbaubereich voraus. Eine solche Planung kann nur auf der Basis einer rechtsverbindlichen Steinkohleanschlussregelung ab 2006 entwickelt werden. Soweit sind wir noch nicht.

Auf einige grundsätzliche Rahmenelemente für die Personalpolitik der RAG, die sich insbesondere aus den vom Bundeskanzler festgelegten kohlepolitischen Eckpunkten einer Anschlussregelung 2006 bis 2012 ergeben, werde ich jedoch eingehen.

Grundsätzlich gilt: Die personellen Anpassungen ab 2006 müssen in der Kontinuität der Ausgestaltung des laufenden Prozesses erfolgen.

Die RAG hat seit ihrer Gründung eine heute kaum noch vorstellbare personalpolitische und personalwirtschaftliche Aufgabe bewältigt. Seit 1970 bis heute wurde das Personal um rd. 210.000 Beschäftigte auf nunmehr rd. 42.000 zurückgeführt. Entsprechend den kohlepolitischen Vorgaben wurde dieser enorme Anpassungsprozess sozialverträglich ohne betriebsbedingte Kündigungen durchgeführt. Gleichzeitig wurde die Leistungsfähigkeit des deutschen Steinkohlenbergbaus aufrecht erhalten.

Aus der Sicht der Landesregierung möchte ich hierzu anmerken, dass der sozialfriedlich verlaufende Anpassungsprozess im deutschen Steinkohlenbergbau eine wesentliche Voraussetzung dafür war und ist, dass sich der Strukturwandel in den Bergbaugebieten ohne wirtschaftliche und soziale Brüche vollzogen hat. Die gleitende Anpassung im Steinkohlenbergbau - als eine Resultante der Kohlepolitik - hat vielmehr den Strukturwandel positiv beeinflusst. Denn diese Entwicklung war und ist Voraussetzung dafür, dass, aufbauend auf den Potenzialen für neue Produkte und Technologien, dem Bergbau und seinem wirtschaftlichen Umfeld die Umstrukturierung ermöglicht und Beschäftigungsalternativen geschaffen wurden.

Mit den vom Bundeskanzler im Juli 2003 festgelegten kohlepolitischen Eckdaten sind auch entscheidende Rahmensetzungen für die Personalpolitik der RAG ab 2006 vorgegeben. Der massive Anpassungsprozess wird im Steinkohlenbergbau weitergehen. Es ist ein Belegschaftsrückgang auf rd. 20.000 Beschäftigte im Jahr 2012 zu erwarten. Für die Personalpolitik der RAG bedeutet dies:

Zur Erfüllung der politischen Vorgabe der Sozialverträglichkeit ist der Einsatz aller zielführenden personalpolitischen Instrumente, vor allem die Anpassungsgeldregelung notwendig.

Der hieraus insbesondere resultierende Altersabgang von hochqualifizierten Facharbeitern im Untertagebereich - die RAG erwartet Abgänge von jährlich zwei- bis zweieinhalbtausend Mitarbeitern - muss zum Teil ersetzt werden. Das ist insofern plausibel, als bei weiterhin rückläufigen Kohlehilfepfands Produktivitätsfortschritte geleistet werden müssen und die Leistungs- und Zukunftsfähigkeit des deutschen Steinkohlenbergbaus für einen in Abhängigkeit von künftigen politischen Entscheidungen ggfs. auch weit über 2012 hinausreichenden Zeitraum gewährleistet bleiben muss. Auf der Zeitachse werden dabei jedoch die jährlichen Übernahmen von Auszubildenden bedarfsgerecht zurückgeführt.

Hervorheben möchte ich in diesem Zusammenhang, dass nach Darlegung der DSK der vorgesehene Zugang von Nachwuchskräften in dem erwarteten Belegschaftsrückgang auf rd. 20.000 bereits berücksichtigt ist. Von einer Aufstockung des Personalbestandes kann daher keine Rede sein.

Ein Zusammenhang besteht hier auch zu den Leistungen der RAG bzw. der DSK bei der Ausbildung junger Leute. Im Zeitraum 2006 bis 2012 will die DSK 4.500 junge Leute ausbilden, nach den mir vorliegenden Angaben zu rund 90 % insbesondere in elektro- und maschinentechnischen Berufen und als Chemiekanten und zu 9 % als Bergmechaniker.

Die Übernahme in ein Arbeitsverhältnis bei der DSK festigt durch Erwerb beruflicher Praxis die Erfolgchancen der Ausgebildeten auch auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt.